



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 6. bis 12. September 1914 ist die Beitragsmarke in das mit 37 bezeldnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Unser Verband während des Krieges.

Die fortgesetzten günstigen und erfreulichen Nachrichten, die von den Kriegsschauplätzen im Osten und Westen einlaufen, haben die Zuversicht des deutschen Volkes, daß die räuberischen Anschläge seiner Gegner an der deutschen Wehrmacht endlich zerschellen werden, um ein bedeutendes gehoben. Mit dieser Zuversicht löst sich auch jene nervöse Spannung, die nach dem Kriegsausbruch begreiflicherweise auf viele Menschen ihre Wirkungen ausübte. Auch im Gewerkschaftsleben haben die wirtschaftlichen Störungen im ersten Moment einige Verwirrung hervorgerufen, die aber durch das energische und tatkräftige Auftreten der leitenden Korporationen bald wieder der alten zielsicheren Ruhe und Ordnung Platz machen mußte. Die in Erscheinung getretenen Störungen waren zunächst dadurch hervorgerufen, daß eine große Anzahl Funktionäre dem Ruf zu den Fahnen folgen mußte und oft nicht mehr die notwendige Zeit hatte, die Organisationsgeschäfte sofort anderen Händen zu übertragen. Hinzu kamen noch die Verzögerungen im Post- und Verkehrsleben, die eine rasche Verständigung zwischen den Zentralleitungen und den Ortsverwaltungen unmöglich machten. Durch all diese Umstände war es auch unserem Verbandsvorstande in den ersten drei Wochen nach der Mobilmachung nicht möglich, einen Überblick über die Gesamtlage des Verbandes zu gewinnen. Dieser Zustand hat sich aber, sowohl infolge der glücklichen Entwicklung der Kriegsergebnisse, als auch durch die getroffenen organisatorischen Maßnahmen ganz bedeutend gebessert. Nach Ablauf der vierten Kriegswoche können wir konstatieren, daß im größten Teile unseres Verbandsgebietes das Verbandsleben weiter pulsiert und daß nach aller Voraussicht unsere Organisation den Anforderungen dieser schweren Zeit sich gewachsen zeigen wird.

Von dem vor dem Kriegsausbruch vorhanden gewesenen 68 Zahlstellen mit insgesamt 15 932 Mitgliedern liegen uns die Berichte von 44 Zahlstellen mit 14 770 Mitgliedern vor. Da jene 24 Orte, die bisher nicht berichtet haben, nur 1162 Mitglieder umfassen, ist der Beweis gegeben, daß es sich hier um die kleinsten Zahlstellen handelt, die entweder als Grenzorte von jedem Verkehr abgeschnitten sind oder aber wo es an den notwendigen Personen fehlt, die die Geschäfte weiter zu führen bereit und in der Lage sind. Nach den Berichten stehen noch in voller Arbeit 3725 = 25 Prozent Mitglieder; teilweise beschäftigt werden 3541 = 24 Prozent; zum Militär eingezogen sind 1100 = 7,5 Prozent und 6404 = 43,5 Prozent sind arbeitslos.

Also nahezu die Hälfte unserer Kollegen und Kolleginnen ist durch die wirtschaftlichen Folgen des Krieges erwerbslos geworden. Aus diesen

Zahlen ist ersichtlich, welche Anforderungen an die Verbandskasse gestellt werden und wie notwendig die außerordentlichen Maßnahmen waren, die der Verbandsvorstand treffen mußte, um den Bestand der Organisation zu sichern und möglichst lange den Unterstützungsansprüchen gerecht werden zu können. Durch die Tatsache, daß über 7000 Mitglieder noch in Arbeit stehen, könnte man erwarten, daß den ursprünglich vorhandenen Mitteln durch regelrechte Beitragszahlung noch so viel hinzufließt, um die jetzt eingeführten Unterstützungsätze auf die Dauer auch durchhalten zu können. Zurzeit liegen allerdings genaue Angaben über die Zahl derjenigen, die ihren Beitragspflichten voll und ganz nachkommen, noch nicht vor. Es ist daher dringend notwendig, daß auch hier eine Besserung in der Berichterstattung eintritt. Bei dieser Gelegenheit müssen wir zum wiederholten Male die bringende Aufforderung an alle Zahlstellenvorstände richten, die Berichtskarten allwöchentlich pünktlich und genau auszufüllen und dem Verbandsvorstand einzusenden. Es besteht leider immer noch die irrtümliche Auffassung, daß nur jene Zahlstellen brauchen, die Zuschüsse aus der Hauptkasse benötigen. Wir müssen aber die Angaben aus allen Orten haben. Ganz besonders wichtig ist die Feststellung, wie viele Beiträge geleistet werden, damit der Verbandsvorstand jederzeit in der Lage ist, über die verfügbaren Mittel zu disponieren. Wie notwendig eine genaue Berichterstattung ist, möge daraus ersehen werden, daß sich die Anträge der bereits ausgereicherten Mitglieder häufen, auch ihnen eine Unterstützung zukommen zu lassen. Gern wird der Verbandsvorstand diesen Wünschen Rechnung tragen, wenn ersichtlich wird, inwieweit die in Arbeit stehenden Mitglieder ihre Pflichten erfüllen. Wenn die eingehenden Beiträge dazu ausreichen, dann wird der Verband selbstverständlich das Neueste an Unterstützung zu leisten versuchen.

Daher bitten wir nochmals dringend um die genaueste Information seitens der Zahlstellenvorstände. Alles, was jetzt geschieht, soll dazu angetan sein, unseren unterstützungsbedürftigen Kollegen und Kolleginnen, denen jede Erwerbsmöglichkeit fehlt, zu helfen. Not und Elend vieler Tausender gilt es zu lindern. Darum nochmals: Tut alle Eure Pflicht im Interesse aller!

Weitere Hilfe für die Arbeitslosen.

Was vor dem Kriegsausbruch sehr häufig als unmöglich hingestellt wurde, nämlich eine Unterstützung der Arbeitslosen durch die Kommunen, hat jetzt die eiserne Notwendigkeit möglich gemacht. Während das Reich die Verpflichtung hat, für die Angehörigen der zu den Fahnen Einberufenen zu sorgen, drängt sich den städtischen Verwaltungen die gebieterische Pflicht auf, denen, die durch die Kriegswirren brotlos geworden sind, zu helfen. So können wir heute berichten, daß die Stadtverwaltungen in Berlin und Frankfurt am Main in anerkannter Weise Mittel

zur Verfügung gestellt haben, die in ihren Bezirken wohnenden Arbeitslosen zu unterstützen. In beiden Städten geschieht die Auszahlung der Unterstützung, durch die Gewerkschaften. Es ist daher notwendig, daß sich sämtliche arbeitslose Mitglieder, auch jene, die bereits ausgereicht oder noch nicht bezugsberechtigt sind, ständig bei ihrer Ortsverwaltung zur Kontrolle melden, um die kommunale Arbeitslosenunterstützung beziehen zu können. Wir geben im nachfolgenden die Bestimmungen wieder, nach denen in den beiden Städten Unterstützung gewährt wird und knüpfen daran die Erwartung, daß auch andere Orte bald folgen werden.

Arbeitslosen-Unterstützung in Berlin.

In Berlin haben die Landesversicherungsanstalt wie auch der Magistrat Unterstützungsaktionen für die Arbeitslosen in Aussicht genommen. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt hat sich für diese Zwecke einen Fonds von fünf Millionen Mark bewilligen lassen. Der Magistrat hat eine Vorlage vorbereitet, die monatliche Mittel in Höhe von 500 000 Mk. zur Unterstützung von Arbeitslosen vorsieht. Die Unterstützungsaktion soll Hand in Hand mit den Gewerkschaften und derjenigen der Versicherungsanstalt gehen. Es können Unterstützung erhalten:

- a) Angestellte und Arbeiter, welche trotz Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit eine Beschäftigung nicht finden können;
- b) kleinere Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, die unter der gegenwärtigen Wirtschaftslage außerstande sind, sich und ihre Familien zu ernähren.

Die Unterstützung beträgt:

für Personen, welche den Unterhalt von Kindern befreiten, 5 Mk. wöchentlich, für die übrigen 4 Mk. wöchentlich.

Arbeitslose, die von ihren Gewerkschaften Arbeitslosenunterstützung beziehen, sollen von der Stadt einen Zuschlag von 50 Prozent erhalten, unter der Voraussetzung, daß der Unterstützungsbeitrag des Verbandes mindestens 5 Mk. und der der Stadt mindestens 4 Mk. pro Woche beträgt. Die gemeinsamen Unterstützungsbeiträge dürfen 12 Mk. wöchentlich nicht übersteigen. An Unberheiratete können anstatt der Barunterstützungen Speisekarten verabsolgt werden. Die Festsetzung der Unterstützungen und die Kontrolle der Empfänger soll durch besondere Kommissionen geschehen.

Die Arbeitslosen-Unterstützung der Stadt Frankfurt a. M. in der gegenwärtigen Kriegszeit.

Die städtische Arbeitslosenunterstützung wird auf folgender Grundlage gewährt:

Unterstützungsberechtigt ist:

- 1. wer selbstständig erwerbstätig und durch den Krieg arbeitslos geworden ist;
- 2. wer erwerbsfähig, d. h. wer nicht krank ist;
- 3. wer keine laufende Armenunterstützung erhält;

4. wer seit einem Jahre ununterbrochen in Frankfurt wohnhaft ist.

Für die ersten sechs Tage der Arbeitslosigkeit wird Unterstützung nicht gewährt, doch wird die seitherige Arbeitslosigkeit in die Karenzzeit eingerechnet. Wiederholt sich die Arbeitslosigkeit innerhalb 42 Tagen, wird die Karenzzeit angerechnet.

Der tägliche Unterstützungssatz beträgt:

für ledige Arbeitslose pro Tag . . . 0,70 Mk.
für verheiratete Arbeitslose pro Tag . . . 1,00 Mk.
für jedes Kind täglich 15 Pf. bis höchstens 0,60 Mk.

Unterstützung wird in der Regel nur gewährt, soweit das Gesamteinkommen des Arbeitslosen aus irgend welchen Quellen folgende Züge nicht übersteigt:

bei ledigen Arbeitslosen täglich	2,00 Mk.
bei verheirateten Arbeitslosen	
ohne Kinder	2,40 "
mit 1 Kind	2,55 "
" 2 Kindern	2,70 "
" 3 "	2,85 "
" 4 " und mehr	3,00 "

Werden diese Höchstsätze durch Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützung überschritten, so wird der städtische Zuschuß um die Hälfte des Betrages gekürzt, der die obigen Höchstsätze übersteigt; auf keinen Fall darf das Gesamteinkommen 3,50 Mk. pro Tag übersteigen.

Gemeinschaftliches Wirken zur Steuer der Arbeitslosigkeit

Das gute Beispiel, welches das Tarifamt der deutschen Buchdrucker gab, wird jetzt auch in den anderen graphischen Berufen dankenswerterweise nachgeahmt. Nach einer Verständigung mit dem Verband der Lithographen und Steinbrucker erläßt der Vorstand des Schutzverbandes Deutscher Steinbrucker die nachfolgenden Aufträge:

An die Mitglieder des Verbandes Deutscher Steinbrucker-Besitzer, Abteilung Fachverband und Schutzverband.

Der unserem deutschen Vaterlande aufgedrungene schwere Kampf, bei dem es sich um die Existenzfrage Deutschlands und seiner Bürger handelt, wird naturgemäß auch unser Steinbruckergerbe stark schädigen, insbesondere schon deshalb, weil das deutsche Steinbruckergerbe zum überwiegenden Teil Exportgerbe ist. Gerade aus diesem Grunde wird das deutsche Steinbruckergerbe ganz besonders hart getroffen im Gegensatz zu anderen Gewerben der graphischen Industrie, die in der Hauptsache für den Inlandsbedarf arbeiten. Nach zahlreichen uns zugegangenen Mitteilungen haben eine ganze Reihe von Betrieben, die unserem Verbands angehören, ihre Tätigkeit vollständig oder fast vollständig einstellen müssen, während andere Betriebe, namentlich solche, die für den lokalen und nationalen Bedarf arbeiten, zurzeit im beschränkten Umfang noch weiter arbeiten können. Wir hoffen, daß die Betriebe im Interesse der bei ihnen beschäftigten Angestellten und Arbeiter die notwendige Betriebseinschränkung so gering als möglich halten. In diesem Kriege, in welchem für unser Vaterland und seine Bürger alles auf dem Spiele steht, halten wir es für die Pflicht jedes Einzelnen, auch das Interesse der Arbeitnehmer soweit als möglich wahrzunehmen. Darum richten wir an alle Mitglieder des Verbandes Deutscher Steinbrucker-Besitzer die bringende und herzliche Bitte, die erforderlichen Betriebseinschränkungen nur in dem allernotwendigsten Maße vorzunehmen. Diejenigen Firmen, welche instand sind, ihren Betrieb noch teilweise aufrecht zu erhalten, bitten wir dringend, wenn irgend möglich, schichtweise arbeiten zu lassen resp. die Verteilung der Arbeitszeit so einzurichten zu wollen, daß möglichst allen Arbeitern noch ein Verdienst zugute kommt. Wir hoffen, daß kein Arbeitgeber des Steinbruckergerbes die gegenwärtige Lage beiseite wirft, irgend einen Vorteil für sich herauszuschlagen, wir sind aber auch überzeugt, daß die Arbeitnehmer einsehen werden, daß man sich in jedem einzelnen Falle über zu treffende Maßnahmen verständigen muß. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in diesen schweren Zeiten Hand in Hand gehen, um die Interessen des Gewerbes und ihre

eigenen Interessen nach Möglichkeit wahrzunehmen.

Fachverband Deutscher Steinbruckerbesitzer.
Carl Reichel, Kgl. Kommerzienrat, Vorsitzender.
Dr. Gemming, Syndikus.
Schutzverband Deutscher Steinbruckerbesitzer.
Dr. L. Hagelberg, Vorsitzender.
Dr. M. Wagner, Syndikus.

Vorher schon hat das Tarifamt der Lichtdrucker folgenden Aufruf veröffentlicht:

Mit den Prinzipal- und Gehilfenmitgliedern!

Durch die schweren Kämpfe, die unser Vaterland zu bestehen hat, ist auch unser Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen worden. Fast alle Betriebe werden Einkürzungen vornehmen müssen, wenn nicht gar vollständige Stilllegung erfolgt.

Wir halten es für unsere Pflicht, auch unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen jedem Prinzipal und Gehilfen die Tarifgemeinschaft ans Herz zu legen, um zu versuchen, den Prinzipalen die Fortführung des Betriebes zu ermöglichen und den Gehilfen Gelegenheit zur Beschäftigung zu geben. Ob dies durch Verkürzung der Arbeitszeit oder durch Wechsel der Schichten erreicht werden kann, muß der Verständigung der Prinzipale mit den Gehilfen überlassen bleiben.

Auch gegen eine Aenderung der Kündigungsfrist wird das Tarifamt nichts einwenden, sofern zwischen Prinzipalen und Gehilfen eine Einigung hierüber stattfindet. Sollten über die zu treffenden Vereinbarungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen Rückfragen erfolgen, so bitten wir diese dem Tarifamt zu unterbreiten.

Wir hoffen, daß alle Beteiligten sich bemühen werden, nach bester Möglichkeit eine weitere Stilllegung von Betrieben zu verhüten.

Berlin, 20. August 1914.

Das Tarifamt für das Deutsche Lichtdruckergerbe.

F. B.: C. Paich, Prinzipalvertreter.
Franz Trapp, Geschäftsführer.

Der Krieg und die Ausfuhr graphischer Erzeugnisse nach den Kriegsländern.

Jeder Krieg bedroht den geordneten Gang des wirtschaftlichen Lebens. Selbst die in fernen Erdteilen sich abspielenden kriegerischen Ereignisse früherer Zeit wirkten störend auf das wirtschaftliche Gerbe der europäischen Länder. Wieviel mehr ein Krieg, der fast sämtliche Kulturländer gegen einander führt. Da stockt das ganze Gerbe, jedes Vertrauen ist verschwunden, die Geld- und Warenzirkulation hört fast vollkommen auf. Selbst nach den Ländern, wo die Grenzen nicht gesperrt sind, besteht kaum eine Aussicht, Waren absetzen zu können. Jedoch der Handel mit den Ländern, mit denen wir im Kriegszustande leben, dürfte auch weit über die Dauer des Krieges Schaden erleiden. Und unter diesem Zustand werden wiederum unsere Berufe recht empfindlich zu leiden haben. Gerade hatte es den Anschein, als wäre eine gewisse Ruhe, ein Stillstand in dem Niedergang der hauptsächlichsten uns angehörenden Gewerbe eingetreten.

Da brach wie ein Blitz aus heiterem Himmel der Krieg herein, und nun müssen wir leider damit rechnen, daß neue dauernde Schädigungen für alle uns angeschlossenen Gewerbe zurückbleiben.

Gewinnen wir, wie wir wohl alle hoffen, den Krieg, dann wird sich der Stoll gegen uns in den unterlegenen Nationen in einem geschäftlichen Nachteil für die Gewerbe entladen, die Waren nach diesen Ländern ausgeführt haben. Bekleren wir den Krieg, dann dürfte das wirtschaftliche Leben in den Ländern, die den Sieg davongetragen haben, so erstarken, daß wir auch dadurch fühlbare Konkurrenz erhalten. Da ist es besonders angebracht, uns vor Augen zu führen, wie weit wir Waren unseres Gewerbes nach den Ländern ausführen, die zurzeit mit uns im Kriegszustande stehen.

Wir benutzen dabei das „Statistische Jahrbuch für das deutsche Reich 1914“. Danach hatte die Ausfuhr der mit der Reproduktion von Zeichnungen, Bildern und Noten beschäftigten Gewerbe

nach den vier in Frage kommenden Ländern: England, Frankreich, Rußland und Belgien einen Gesamtwert von 16 392 000 Mk.

Die Ausfuhr an Postkarten mit Bildruck einoder mehrfarbig betrug: nach Großbritannien 2 306 000 Mk., nach Rußland 1 651 000 Mk.

An Farbendruck-Bildern in Buch-, Stein- oder Metalldruck wurden ausgeführt: nach Großbritannien 1 565 000 Mk., nach Rußland 866 000 Mk.

Die Ausfuhr in Befuchs- und ähnlichen Karten, Bilderpapier, fertigen Etiketten usw. betrug: nach Belgien 861 000 Mk., nach Großbritannien 3 595 000 Mk., nach Rußland 1 020 000 Mk.

Hier stehen besonders hohe Werte auf dem Spiel. Ungeheuer viel ist schon im Augenblick, allein durch die Kriegserklärung verloren. Bestellungen, die zum Teil fertig, aber nicht geliefert werden konnten, andere, für die die Rohmaterialien angeschafft sind, deren Anschaffungsmaterial jetzt unnütz daliegt.

Die Ausfuhr an Tapeten und Tapeten-Borden aus Papier ergibt beachtenswerte Zahlen: nach Belgien 854 000 Mk., nach Frankreich 791 000 Mk., nach Großbritannien 1 489 000 Mk.

An Musiknoten wurden ausgeführt: nach Frankreich 365 000 Mk., nach Großbritannien 759 000 Mk.

In allen diesen Angaben fehlen aber die unbedeutenderen Summen unseres Handels mit den Ländern, die als Abnehmer von geringerer Bedeutung waren, so daß, diese dazu gerechnet, immerhin noch eine merkbare Erhöhung der Gesamtsumme eintreten würde. Aber auch ohnedem sehen wir den gewaltigen Verlust wirtschaftlicher Werte erschreckend klar vor Augen. Wie lange wird es dauern, bis das wieder aufgebaut werden kann? Nur ein Land wird dieser Entwicklung frohen Mutes zusehen dürfen und das ist Amerika. Während die europäische Industrie geschwächt ist, darf die amerikanische Industrie an ihrer weiteren Vervollkommnung arbeiten. Das Land, das einstmals vor den Zolltarif-Erhöhungen einer unserer besten Abnehmer war, ist immer mehr dazu übergegangen, für den eigenen Markt zu arbeiten und wird vielleicht aus dieser Situation die Kraft gewinnen, nach und nach unser Konkurrent zu werden. Wie auch das Kriegsglück sich wenden mag, die Zukunftsaussichten sind für uns keine rosig.

Nicht zu unterschätzende Werte gehen auch anderen graphischen Gewerben, wie dem Buchdrucker, der Buchbinderei usw. verloren. Allein an Büchern führte die deutsche Industrie aus: nach Belgien für 1 226 000 Mk., nach Frankreich für 896 000 Mk., nach Großbritannien für 2 988 000 Mk., nach Rußland für 5 343 000 Mk.

Das ist eine Gesamtausfuhr nach diesen vier Ländern von 10 453 000 Mk. Dazu kommen noch verzierte und ausgestanzte Waren aus Papier und Pappe, wovon nach Großbritannien für 1 310 000 Mk. geliefert wurden. Schreibhefte, Preisverzeichnisse usw. ebenfalls nach Großbritannien für 920 000 Mk., und anderes beschriebenes und bedrucktes Papier, insgesamt 2 134 000 Mk., so daß hier allein an Ausfuhr nach diesen vier Ländern für 14 827 000 Mk. Waren auf dem Spiele stehen. Ein Teil dieser Waren ist durch den Krieg unwiderruflich verloren. a. d.

Adressenveränderungen.

Crimmitschau.
Vorsitzende und Kassiererin: Paula Breuß, Lutherstr. 6.
Erfurt.
Vorsitzender: Paul Lutsche, Webergasse.
Kassiererin: Fanny Spaller, Adalbertstraße 20 III.
Gera.
Vorsitzende: Marta Joachim, Thranthierstraße 2 II.
Kassiererin: Ida Matthies, Alte Schloßgasse 11.
Nordhausen.
Vorsitzender: Theodor Rieb, Frauenburgerstraße 10.
Kassiererin: Elise Bodt, Dorfherstr. 8 pt.
Wittenberg.
Vorsitzender: Theodor Trabis, Koswitzerstraße 20.
Kassierer: Paul Ritz, Heubnerstr. 3 S. pt.